A7

Antrag

Initiator*innen: Citou Müller (GRAS Bochum)

Titel: **Gegen Gazaoffensive und Kriegsverbrechen!**

Antragstext

Die Campusgrün Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

"Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt die Kriegsverbrechen von Israel und den möglichen Völkermordsbestand von Israel an den Palästinenser*innen als solche.

Ungeachtet der Rechte des Staates Israels beobachten wir, dass Israel sich nicht im Einklang mit dem Völkerrecht verhält. Palästinenser*innen werden aus ihrer Heimat vertrieben, der Zugang zu Hilfsgütern wird der Bevölkerung verwehrt, und grundlegende Infrastruktur wurde und wird weiterhin zerstört.

Wir als Campusgrün sind Teil einer starken Zivilgesellschaft welche sich eindeutig für Frieden einsetzt und sagen unmissverständlich "Nein" zu Krieg, Terror,
Annexion und Vertreibung. Stattdessen sagen wir "Ja" zu Solidarität mit den Palästinenser*innen, und den Israelis, die sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Wir stellen uns entschlossen gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Daher solidarisieren wir uns klar mit allen Betroffenen, die infolge dieses Konfliktes verstärkt Gewalt erfahren.

Wir als CampusGrün fordern:

1. einen sofortigen Waffenstillstand,

2. einen Waffenlieferungsstopp an Staaten und Organisationen, die Kriegsverbrechen

begehen,

3. den ungehinderten Zugang zu humanitäre Hilfslieferungen,

4. eine palästinensische Souveränität und das volle Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes,

5. die sofortige Anerkennung von Palästina als Staat."

"

Begründung

"Wir engagieren uns für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit, der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen."

So steht es in unserem Grundsatzprogramm, und das Ziel dieses Antrags ist es, einen gemeinsamen Nenner für die Situation Palästinas zu finden. Das Thema führt generell zu Unsicherheiten darüber, was gesagt werden kann, soll, und was zu Spaltungen führt. Trotzdem dürfen wir uns schwierigen Fragen nicht verweigern, sondern müssen uns stets zum Erhalt von Menschenrecht bekennen. Dieser Antrag bezieht sich rein auf jene Sachlage, die vom internationalen Gerichtshof anerkannt wurde. Auch die genannten Forderungen orientieren sich an den Empfehlungen des internationalen Gerichtshofs. Dieser Antrag soll also eine gemeinsame Basis bieten, auf derer man sich politisch einbringen kann ohne befürchten zu müssen, etwas falsches zu sagen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.